

## Ratsinfo Nr. 9

### Sitzung des Stadtrates am 6. Dezember 2010

Die letzte Sitzung des Stadtrates in diesem Jahr versprach mit 98 öffentlichen und 12 nicht öffentlichen Tagesordnungspunkten eine lange Sitzung zu werden. Und tatsächlich diskutierten die Ratsmitglieder von 15:00 Uhr bis 21:45 Uhr. Dazu fanden um 14:00 Uhr bereits die Vorbesprechungen der Fraktionen statt und am gleichen Tag um 12:00 Uhr bereits verschiedene Sondersitzungen zu bestimmten, ratsrelevanten Themen, so dass manch ein Ratsmitglied am 'Nikolaus-Abend' rund 10 Stunden Politik hinter sich hatte.

Eine nicht abgesprochene und eher ungewöhnliche Einigkeit herrschte direkt beim ersten Tagesordnungspunkt, der **Wiederwahl des Stadtentwicklungsdezernenten Jürgen Dressler**. Es gab keinen Kommentar und keine Wortmeldung und auf die Frage des Oberbürgermeisters, wer der Wiederwahl von Jürgen Dressler zustimmt, erhob sich keine einzige Hand. Lediglich fürs Protokoll vermerkte der OB dann noch seine eigene Stimmenthaltung. Der zweite Teil dieser Beschlussvorlage bestand daraus, die Stelle neu auszuschreiben, für den Fall, dass im ersten Teil nicht die Wiederwahl des Dezernenten erfolgt sein sollte, was nun so geschehen war. An diesem Punkt kam es dann aber doch zu Diskussionen, da die CDU den Antrag stellte, die Ausschreibung heute nicht zu beschließen, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt. Die Bezirksregierung würde höchst wahrscheinlich, so die Argumentation der CDU, aus finanziellen Gründen sowieso verlangen, dass diese Stelle zunächst einige Monate unbesetzt bleibt. Dies ist inzwischen, wegen der prekären Situation der Stadt, bei Neubesetzungen und auch bei Beförderungen so üblich. SPD und Linke stimmten dagegen, alle anderen Fraktionen schlossen sich dem Vorschlag der CDU an.

Ab 2011 werden nach SGB II in den Städten sogenannte **Jobcenter** eingerichtet, die anstelle der ARGE die Vermittlung und Versorgung der Hartz IV-Empfänger durchführen werden. Die Gründung eines Beirates, einer Trägerversammlung und die entsprechenden personellen Besetzungen führten in den vergangenen Monaten immer wieder zu Diskussionen und Aufschub von Entscheidungen, nun wurde dies alles kommentarlos und einstimmig beschlossen. Die Trägerversammlung wird, wegen der neuen komplexen und fachspezifischen Aufgaben, nur noch mit Verwaltungsfachleuten besetzt werden, die 3 Sitze im Beirat, die von der Politik belegt werden, besetzen SPD, CDU und Linke mit je einem Vertreter.

Auch bei der Besetzung einer 3köpfigen Delegation zum Städtetag NRW und bei der erneuten Entsendung von 2 Ratsmitgliedern in die Veranstaltergemeinschaft von Radio Duisburg wird kein Vertreter der FDP-Fraktion dabei sein.

Aufgrund des neuen **Transparenzgesetzes** nach § 108 der Gemeindeordnung NRW mussten zahlreiche Gesellschaftsverträge und Satzungen städtischer Gesellschaften und Beteiligungen geändert werden. Unter anderem wurde auch der Gesellschaftsvertrag der DUMES (Du Messe und Service GmbH) geändert, wobei deutlich wurde, dass einige Ratsmitglieder diese Gesellschaft gar nicht kannten.

Die erforderliche Satzungsänderung bei der Gebag wollten SPD, Grüne und Linke in einem gemeinsamen Antrag dazu nutzen, auch eine andere Formulierung zu überarbeiten. Bisher war es nach Satzung der Gebag so geregelt, dass bei Gründung und Erwerb an anderen Unternehmen und/oder Beteiligungen die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat beteiligt werden müssen, bei einer Veräußerung von Unternehmensanteilen oder einer Beteiligung allerdings nicht, was nun geändert werden sollte. Diesen Antrag nutzte der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wilhelm Bies dazu, seinen Argwohn zu äußern, wenn SPD, Grüne und Linke einen Antrag stellten, bei dem es ggf. um Veräußerung von städtischen Unternehmensanteilen gehe. Er nutzte die Gelegenheit um nach dem 'aktuellen Stand' der **Gebag** zu fragen. Stadtkämmerer Dr. Langner erklärte, „er habe keine Zweifel, dass es der Gebag finanziell so gehen würde, dass man sich Sorgen machen müsste“. Der Antrag von SPD, Grünen und Linken wurde einstimmig beschlossen, da auch alle anderen Fraktionen der Meinung waren, dass Aufsichtsrat und Hauptversammlung selbstverständlich auch immer an Anteilsverkäufen beteiligt werden müssten.

Zur Genehmigung des Wirtschaftsplans für 2011 der **EG-DU** (Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH) stand wieder ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und Linken zur Abstimmung, wonach der EG-DU ab 2011 eine neue, zusätzliche „Basisfinanzierung“ zugestanden werden sollte. FDP-Ratsherr Frank Albrecht stellte die Frage, ob es sich dabei nicht um eine neue, freiwillige städtische Leistung handeln würde, die haushaltsrechtlich vermutlich gar nicht zulässig wäre. Stadtkämmerer Dr. Langner antwortete, dass es sich hierbei 'sehr wahrscheinlich' um eine freiwillige Leistung handelt, die voraussichtlich nicht haushaltskonform sei. Dieser Antwort entsprechend lehnte die FDP diesen Antrag ab und der Oberbürgermeister sowie die DWG enthielten sich der Stimme, alle anderen Fraktionen, also SPD, Grüne, Linke und CDU stimmten der „Basisfinanzierung“ zu.

Der Wirtschaftsplan der EG-DU wurde ebenso wie die **Wirtschaftspläne 2011** der Innenstadtentwicklungsgesellschaft (IDE), des Klinikums Duisburg GmbH, der Frische Kontor Duisburg GmbH, der Filmforum GmbH, der ESD (Einkauf und Service Duisburg), des Immobilien-Management Duisburg (IMD), der WBD-AÖR (Wirtschaftsbetriebe Duisburg) und der Duisburg Marketing GmbH einstimmig beschlossen.

Einstimmig und ohne weitere Diskussionen verlief auch die Abstimmung zur Neuausrichtung der **Niederrheinischen Musik- und Kunstschule**. Hier wurde ein komplett neues Konzept und dementsprechend eine neue Satzung und eine neue Entgeltordnung beschlossen.

Nach wie vor hat die Duisburger FDP andere Vorschläge und Ideen zur städtischen Haushaltskonsolidierung, die von den anderen Parteien (nach wie vor) vehement abgelehnt werden. Ginge es nach den Vorstellungen der FDP, dann müssten aktuell keine Gebühren oder Benutzungsentgelte für Bürger oder Vereine erhöht werden. Dementsprechend lehnte die FDP die **Erhöhungen der Benutzungsentgelte** für die Stadthalle in Walsum, die Glückauf-Halle in Homberg und die Rheinhausenhalle ebenso ab, wie die Erhöhung des Preises für das **Schokoticket** und die Erhöhung der **Elternbeiträge zur Stadtranderholung**. Auch die zeitliche Verlängerung der gebührenpflichtigen **Parkzeiten in der Duisburger City** wurde von der FDP aus

gleichem Grunde abgelehnt. Alle anderen Fraktionen stimmten, teilweise mit bedauernden Kommentaren, diesen Erhöhungen zu.

Das **Einzelhandels- und Zentrenkonzept** stand nach monatelangen Diskussionen in den Stadtbezirken jetzt auf der Tagesordnung dieser Ratssitzung. Das Konzept umreißt alle relevanten Gebiete der Stadt und teilt diese in Haupt- Neben- und Nahversorgungszentren ein. Dazu wurde eine sogenannte Sortimentsliste erstellt, die festlegen soll, in welcher Art von Versorgungszentren demnächst welche Artikel verkauft werden dürfen. Aus der Gebietseinteilung und der Sortimentsliste ergibt sich ein flächendeckender Plan für die gesamte Stadt, in dem exakt vorgeschrieben wird, wo sich zukünftig, welcher Händler, mit welchem Sortiment ansiedeln darf und vor allem, wo nicht. Alles von der Stadtverwaltung und der örtlichen Politik reglementiert, eingeteilt und festgelegt, unabhängig jedweder marktwirtschaftlichen Erfordernisse. Manchen Bezirksvertretungen gingen die von der Verwaltung vorgeschlagenen Reglementierungen offenbar noch nicht weit genug, so dass sie eigene, meist restriktivere Vorschläge gemacht hatten. In einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Linken sollten alle Vorschläge der Bezirksvertretungen in das Einzelhandelskonzept aufgenommen werden. Desweiteren schlug die SPD vor, die Stadtteile Hamborn und Marxloh, anders als im Verwaltungskonzept vorgeschlagen, nicht als zweites städtisches Hauptzentrum (neben der City), sondern als Nebenzentrum auszuweisen. Diesem SPD-Vorschlag konnte sich die FDP anschließen, alle anderen stimmten für die Ausweisung eines zweiten städtischen Hauptzentrums. Die FDP stimmte dann auch als einzige Fraktion gegen die restriktiven Vorschläge der Bezirksvertretungen und auch gegen das gesamte Einzelhandels- und Zentrenkonzept. Alle anderen Fraktionen beschlossen dies, mit den genannten Änderungen.

Der Tagesordnungspunkt **'Gestaltung des neuen Bahnhofsvorplatzes'** führte zu Diskussionen und Vorwürfen zwischen SPD und CDU. Lange wurde debattiert, wer es verschuldet hat, dass ein Antrag bei der Bezirksregierung zur Finanzierung und zum vorzeitigem Maßnahmenbeginn nicht, bzw. noch nicht genehmigt wurde. Letztendlich wurde der Ausbau, mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von ca. 3 Mio. Euro einstimmig beschlossen, nicht aber, dass diese Mittel jetzt aus der Investitionspauschale der Stadt genommen werden sollen. Diese Investitionspauschale, also die Summe, die die Finanzaufsicht der Stadt für solche Ausgaben zugesteht, beträgt insgesamt 9 Mio. Euro. Davon entfallen jedoch schon 6 Mio. Euro auf das neue Berufskolleg in Neudorf. Wenn jetzt 3 Mio. Euro für die Bahnhofsplatte verwendet würden, stünden keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung. Einstimmig wurde beschlossen, diesen Abstimmungsteil auf die nächste Sitzung zu schieben.

Für ca. 3,8 Mio. Euro wurde der **Umbau der Wanheimer Straße** beschlossen, für ca. 13 Mio. Euro der **barrierefreie Umbau von 5 Haltestellen der U 79**. Beides kann natürlich nur erfolgen, wenn Fördermittel des Landes, des Bundes und/oder der EU zur Verfügung stehen und die Bezirksregierung der Stadt die finanziellen Eigenanteile genehmigt.

Das Top-Thema dieser Ratssitzung war der Erwerb eines 51%igen Anteils an der **Evonik-Steag-GmbH durch ein Stadtwerke-Konsortium**, angeführt von den Duisburger Stadtwerken. Das Thema wird seit längerer Zeit bereits in den Meiden behandelt. Der eigentliche Beschluss musste in der nicht öffentlichen Sitzung

erfolgen, die SPD hatte aber beantragt, dieses Thema auch in der öffentlichen Sitzung zu beraten. Auch zu diesem Tagesordnungspunkt lag ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und Linken vor, wonach der Steag-Konzern sich von Kohlekraftwerken, Atomkraftwerken und der gesamten Nuklearsparte trennen soll, die Auslandsaktivitäten wegen der unzureichenden Menschenrechte in diesen Gebieten eingeschränkt werden sollen und der Konzern insgesamt zu einem „grünen Unternehmen“ umgebaut werden soll, dass sich zukünftig nur noch mit Energie aus Wind, Wasser und Sonne beschäftigt. Auch die CDU hatte hierzu einen Antrag eingebracht, in dem sie den Erwerb der Steag begrüßt und wünscht, dass „der ökologische Umbau der Erzeugungslandschaft an der Ruhr, verbunden mit der Erhaltung wertvoller Arbeitsplätze, unter Wahrung der sozialen Verantwortung“ gelinge.

Die einzige Fraktion, die über betriebswirtschaftliche Aspekte und Risiken in diesem Zusammenhang sprach, war die FDP. Alle anderen Parteien sehen hier offenbar nur ihre (anscheinenden) politischen Möglichkeiten, ohne zu erkennen, dass es sich zunächst um ein gigantisches Geschäft handelt, wofür weder die Duisburger, noch die anderen beteiligten Stadtwerke – und schon gar nicht die anhängenden Ruhrgebietsstädte – das Geld haben. Auf die Risiken, die sich u.a. durch den Erwerb von Atomkraftwerken in Kolumbien oder eines Betriebes zur Zerlegung von alten Atom-U-Booten in Murmansk ergeben, wollte FDP-Ratsfrau Betül Cerrah in ihrer eindringlichen Rede hinweisen. Ebenso auf das völlig unkalkulierbare finanzielle Abenteuer, auf das sich hier alle Beteiligten einlassen. Alle kritischen Anmerkungen und Bedenken der FDP wurden vom Vorstandsvorsitzenden der Duisburger Stadtwerke, Dr. Janning und den anderen Fraktionen verworfen. Der Antrag von SPD, Grünen und Linken wurde von diesen drei Fraktionen mehrheitlich beschlossen, der CDU-Antrag mehrheitlich abgelehnt, der Erwerb des Anteils an der Evonik-Steag-GmbH wurde letztendlich gegen die Stimmen der FDP, von allen anderen Fraktionen beschlossen.

Ohne Kommentare und einstimmig wurden die **Abfallentsorgungssatzung**, die Abfallentsorgungsgebührensatzung, die Straßenreinigungs- und Gebührensatzung, die Abwasserbeseitigungssatzung, die Abwassergebührensatzung und die Entgeltordnung der WBD-AÖR für besondere Dienstleistungen beschlossen. Leichte Erhöhungen werden sich nur bei den **Straßenreinigungsgebühren** ergeben, resultierend aus den besonderen Aufwendungen in den letzten 3 Jahren beim Winterdienst (Schneeräumungen und besonders große Streugutmengen).

Wie in jeder Sitzung des Stadtrates wurden auch diesmal die Aufstellung und/oder Änderung einiger **Bebauungspläne** und Flächennutzungspläne beschlossen. Diesmal in Röttgersbach, Obermarxloh, Obermeiderich, Beeck, Wanheimerort, Homberg, Rheinhausen, Großenbaum, Huckingen, Hüttenheim und Ungelsheim. Zur Aufstellung eines Bebauungsplanes in Obermeiderich auf dem „Zeus-Gelände“, auf dem sich Möbel **Ostermann** ansiedeln möchte, gab es wieder einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Linken. Diesmal forderten die 3 Fraktionen die Erstellung eines Gutachtens zur Verträglichkeit der Ansiedlung mehrerer **Möbelhäuser in Duisburg**. Das Gutachten soll von den betroffenen Möbelhäusern bezahlt werden und bis zum 17. Januar 2011 fertig sein. Mit ihrer Stimmenmehrheit – gegen alle anderen Fraktionen - beschlossen SPD, Grüne und Linke ihren Antrag. Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde einstimmig auf die

nächste Ratssitzung geschoben, da bei einigen Fraktionen in diesem Fall noch Beratungsbedarf besteht.

Ein „Abstimmungs-Chaos“ ergab sich bei einer Beschlussvorlage, wonach der Rat die **rechtswidrigen Beschlüsse der BV-Süd** vom 9.09.2010 aufheben sollte. Eine große Anzahl der Bezirksvertreter hatte damals die Sitzung verlassen, so dass die dann zustande gekommenen Beschlüsse nicht mehr hätten gefasst werden dürfen. Wie auch schon bei vorherigen Sitzungen des Rates geschehen, stimmten einige Ratsmitglieder der Grünen zunächst für die Vorlage, was andere Ratsmitglieder der Grünen dazu bewegte laut dazwischen zu rufen „nein, wir sind dagegen“ und wieder andere riefen „wir enthalten uns der Stimme“, während der Fraktionsvorsitzende rief, dass man eigentlich einen Antrag stellen wollte, die Vorlage heute nicht abstimmen zu lassen. Ein zweiter Abstimmungsversuch des Oberbürgermeisters endete ähnlich, wieder Unklarheit bei den Grünen. Da die Zustimmung oder Ablehnung der Grünen jedoch für das Gesamtergebnis ausschlaggebend war, beschwerte sich die SPD nun lautstark, dass der Oberbürgermeister hier offenbar so lange abstimmen lassen wolle, bis ihm das Ergebnis passe, was wiederum für Empörung bei der CDU sorgte. Letztendlich verständigte man sich einhellig darauf, diese Entscheidung heute nicht zu fällen, da zunächst eine ausstehende Antwort der Bezirksregierung abgewartet werden soll.

Nochmals laut wurde es auch bei einer Mitteilungsvorlage, in der die Verwaltung dem Rat mitteilte, dass zwei Beschlüsse des Rates zuwider laufen. Der Rat hatte im Rahmen der Haushaltsberatungen im März 2010 beschlossen, dass die Rhein-Ruhr-Halle im März 2011 geschlossen werden soll, da sich eine 4fach-Turnhalle, die auch als Ersatzhalle dienen soll, bereits im Bau befand und damit zu rechnen war, dass diese bis März 2011 fertig gestellt werden würde. Als der Bau der Sporthalle aber im Laufe des Jahres gestoppt wurde und absehbar war, dass die Sporthalle nicht so bald fertig wird, beschloss der Rat im Oktober 2010, dass die Rhein-Ruhr-Halle geöffnet bleiben solle, bis die Sporthalle fertig gebaut ist. Nun teilt die Verwaltung dem Rat mit, dass die Bezirksregierung dem Bau der Sporthalle damals nur zugestimmt hatte, weil gleichzeitig beschlossen wurde, dass dafür die Rhein-Ruhr-Halle geschlossen würde. Wenn der Rat nun seinen Beschluss, die Rhein-Ruhr-Halle geöffnet zu lassen, aufrecht erhalte, würde die Bezirksregierung dem Weiterbau der Sporthalle nicht mehr zustimmen. Streit brach darüber aus wer, wann, welchen Beschluss gefasst habe und wann, wer die Genehmigung erteilt oder versagt habe. Die CDU stellte daraufhin den Antrag, dass der Ratsbeschluss vom Oktober aufgehoben und die Rhein-Ruhr-Halle bald geschlossen werden soll. Die Ratssitzung wurde für 10 Minuten unterbrochen, damit sich die Fraktionen intern abstimmen konnten. Danach entschieden alle Fraktionen, dass sie zur nächsten Sitzung unbedingt die streitigen Verfügungen der Bezirksregierung vorgelegt bekommen möchten, aber nun zunächst den Ratsbeschluss vom Oktober aufheben wollen um die Bauarbeiten in Hamborn nicht weiter aufzuhalten. Nur der Vertreter der SGU (innerhalb der DWG-Wählergemeinschaft) stimmte gegen diesen Beschluss, wonach die Bauarbeiten an der Sporthalle nun weiter gehen sollten und die **Rhein-Ruhr-Halle nun doch im März 2011 geschlossen wird**.

Ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und Linken, wonach für das Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle jetzt kein Grundstücksvergabeverfahren durchgeführt werden soll, sondern zunächst ein **„Bieterverfahren zu einem Factory-Outlet-Center“** ausgeschrieben werden sollte, wurde auf die nächste Ratssitzung geschoben.